

## Grundwissen Geschichte Jahrgangsstufe 8

### 1. Die Französische Revolution und Europa

	<b>Aufklärung</b>	Denkrichtung des 17. und 18. Jahrhunderts: Die Aufklärer forderten <b>Toleranz</b> , kritisierten Vorurteile sowie Fürstenwillkür und glaubten an den Fortschritt der Menschheit durch Anwendung der Wissenschaften und Erziehung zur <b>Vernunft (=ratio)</b> .
	<b>Menschenrechte</b>	Die Aufklärer waren davon überzeugt, dass <b>alle Menschen von Natur aus angeborene Rechte</b> haben, vor allem: Recht auf Leben, Glaubens- und Meinungsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz. In der Französischen Revolution wurden die Menschenrechte 1789 als oberstes Staatsgesetz verkündet.
	<b>Gewaltenteilung</b>	Forderung des Aufklärers <b>Montesquieu</b> : Aufteilung der Staatsgewalt in drei getrennte Bereiche: <b>Exekutive</b> (ausführende Gewalt: Polizei, Verwaltung, Militär), <b>Legislative</b> (Gesetzgebung) und <b>Judikative</b> (Rechtsprechung); Ziel: Verhinderung von Machtmissbrauch
	<b>Volkssouveränität</b>	Der Aufklärer <b>Rousseau</b> forderte, dass <b>alle Macht vom Volk ausgehen</b> müsse (ähnlich wie in der antiken Demokratie Athens)
	<b>Bürgertum</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li><b>städtische Mittelschicht</b>, z.B. Handwerker, Geschäftsleute (abzugrenzen von Bauern, Arbeitern, Klerus und Adel), wirtschaftlich seit dem 18. Jh. sehr erfolgreich;</li> <li>im absolutistischen Frankreich der <b>3. Stand</b>: alle Franzosen, die weder dem Klerus (1. Stand) noch dem Adel (2. Stand) angehörten, also Mehrheit der Bevölkerung;</li> <li><b>Staatsbürger</b>: Angehörige eines Staates mit gleichen Rechten und Pflichten, unabhängig von der gesellschaftlichen Stellung</li> </ol>
	<b>Revolution</b>	<b>Umwälzung</b> des politischen oder gesellschaftlichen Systems, meist gewaltsam von einer unterprivilegierten Schicht gegen die Herrschenden durchgesetzt
<b>14.7.1789</b>	<b>Sturm auf die Bastille</b>	Ausbruch der <b>Französischen Revolution</b>
<b>1789-99</b>	<b>Französische Revolution</b>	<b>Umsturz des Absolutismus und der Standesprivilegien</b> unter der Parole „ <b>Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit</b> “, getragen vom <b>Bürgertum</b> . Nach einer gemäßigten, kompromissbereiten Phase der <b>konstitutionellen Monarchie</b> radikalisierte sich die Revolution: Frankreich wurde <b>Republik</b> , Hinrichtung König Ludwigs XVI. und der Königin Marie Antoinette, <b>Terrorherrschaft</b> der <b>Jakobiner</b> unter Robespierre
	<b>Nation</b>	ein <b>Volk</b> , das sich als zusammengehörig empfindet und einen politischen Willen vertritt
	<b>Verfassung</b>	<b>wichtigstes Gesetzbuch</b> eines Staates, in dem die Rechte und Pflichten der Staatsbürger sowie die Aufgaben der Staatsorgane (z. B. Parlament und Regierung) festgelegt sind. König Ludwig XVI. akzeptierte die Verfassung von 1791 --> <b>konstitutionelle Monarchie</b>
<b>1799</b>	<b>Staatsstreich Napoleons</b>	General Napoleon Bonaparte riss alle Macht an sich, beendete die Revolution und errichtete eine <b>Militärdiktatur</b> .
<b>1804-1814/15</b>	<b>Kaisertum Napoleons</b>	1804 krönte sich Napoleon selbst zum „ <b>Kaiser der Franzosen</b> “. Er versuchte, die französische <b>Hegemonie</b> über Europa kriegerisch durchzusetzen, stieß dabei bis Moskau vor, wurde aber schließlich von den Großmächten besiegt, abgesetzt und verbannt.

1806	<b>Ende des Heiligen Römischen Reiches</b>	Unter dem Druck Napoleons brach das alte deutsche Kaiserreich („Heiliges Römisches Reich deutscher Nation“) zusammen: Einige deutsche Staaten verbündeten sich mit Napoleon im <b>Rheinbund</b> und traten aus dem Reich aus, daraufhin legte der letzte Kaiser Franz II. die deutsche Kaiserkrone nieder (blieb aber Kaiser von Österreich)
	<b>Maximilian von Montgelas</b>	bayerischer Minister um 1800. Seine <b>Reformen</b> haben Montgelas zum <b>Schöpfer des modernen Bayern</b> werden lassen.

## 2. Deutschland zwischen Restauration und Revolution (1815-1849)

1814/15	<b>Wiener Kongress</b>	Nach der Niederlage Napoleons neue europäische Friedensordnung. Prinzipien: 1. <b>Restauration</b> (Wiederherstellung der vorrevolutionären Zustände und Staatsgrenzen), 2. <b>Legitimität</b> (monarchische Herrschaft nach Erbrecht und Gottesgnadentum), 3. <b>Solidarität</b> (gegenseitige Hilfe der Monarchen gegen revolutionäre Bewegungen) 4. <b>Gleichgewicht der Mächte</b>
1815-66	<b>Deutscher Bund</b>	Das Heilige Römische Reich wurde auf dem Wiener Kongress nicht restauriert, stattdessen Gründung des Deutschen Bundes, eines lockeren Zusammenschlusses der deutschen Staaten ( <b>Staatenbund</b> ohne gemeinsame Regierung).
	<b>Konservatismus</b>	politische Richtung, welche die <b>bestehende Ordnung</b> für wertvoll hält und sie erhalten will; Orientierung an Traditionen, Ablehnung radikaler Neuerungen. Die Ordnung des Wiener Kongresses und des Deutschen Bundes waren konservativ geprägt.
	<b>Liberalismus</b>	politische Richtung, die vor allem die <b>Freiheit</b> des Einzelnen betont und Eingriffe des Staates ablehnt. Forderung nach einer <b>Verfassung</b> , welche die Staatsmacht einschränkt und die Rechte und Mitbestimmung des Staatsbürgers garantiert
	<b>Nationalismus</b>	politische Richtung, welche die (eigene) <b>Nation</b> für den wichtigsten Wert hält. Ablehnung der Kleinstaaterei, Forderung nach der <b>Einheit</b> Deutschlands und nach einem mächtigen Nationalstaat
1832	<b>Hambacher Fest</b>	erste politische <b>Großdemonstration</b> in Deutschland, veranstaltet von der <b>liberalen und nationalen Opposition</b> , die vor allem im Bürgertum viele Anhänger hatte; Symbolfarben: Schwarz-Rot-Gold
1848/49	<b>(März-)Revolution in Deutschland</b>	Versuch, liberale und nationale Forderungen durchzusetzen. Wahl einer <b>Nationalversammlung</b> (erstes gesamtdeutsches Parlament in der <b>Frankfurter Paulskirche</b> ), die eine monarchische, aber freiheitliche Verfassung ausarbeitete ( <b>konstitutionelle Monarchie</b> ). Die Revolution <b>scheiterte</b> jedoch: Der preußische König lehnte die ihm angebotene Kaiserkrone ab; die Paulskirchenverfassung trat nicht in Kraft, die Revolution wurde durch die Fürsten gewaltsam unterdrückt und der Deutsche Bund wiederhergestellt.

### 3. Leben in Deutschland 1850-1914

	<b>Industrielle Revolution</b>	Prozess, bei dem die fabrikmäßige Produktion ( <b>Arbeitsteilung, Maschineneinsatz, Massenproduktion</b> ) sich schnell und schubartig durchsetzte und dabei Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend veränderte.
	<b>Soziale Frage</b>	Folge der <b>Industriellen Revolution</b> : Verarmung der <b>Arbeiterschaft</b> unterhalb des bisherigen 3. Standes ("Vierter Stand," " <b>Proletariat</b> "). Kennzeichnend für diese Schicht waren extreme <b>Ausbeutung</b> in den Fabriken und soziale Ausgrenzung. Das massenhafte Elend und die entstehenden Spannungen werden als „S. F.“ bezeichnet.
	<b>Sozialismus</b>	politische Richtung, die als Antwort auf die soziale Frage <b>Gemeinschaftseigentum an allen Produktionsmitteln</b> fordert. Wichtig ist nicht so sehr die Freiheit des Einzelnen, sondern das Gemeinwohl. Wichtigste Träger des Gedankens waren <b>Gewerkschaften und Arbeiterparteien</b> .
	<b>Kommunismus</b>	radikale Form des Sozialismus nach der Theorie von <b>Marx</b> und <b>Engels</b> : Die Kommunisten planten eine Revolution zur Errichtung einer Diktatur des Proletariats, um als Fernziel den eine "klassenlose Gesellschaft" (= Kommunismus) gewaltsam durchzusetzen.
	<b>Arbeiterbewegung</b>	Massenbewegung der Industriearbeiter in Europa, mit der sie sich in <b>sozialistischen Parteien und Gewerkschaften</b> für die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie für politische Rechte zusammenschlossen.
	<b>Otto von Bismarck</b>	Preußischer Politiker, der als Ministerpräsident Deutschland durch drei Kriege unter preußischer Führung einigte (" <b>kleindeutsche Lösung</b> "). 1871 – 1890 war er <b>Reichskanzler</b> des Deutschen Kaiserreiches.
1871	<b>Kaiserproklamation in Versailles</b>	Gründung des <b>Deutschen Kaiserreichs</b> während des Krieges gegen Frankreich; der preußische König <b>Wilhelm I.</b> wird <b>Deutscher Kaiser</b>
	<b>Kulturkampf</b>	Konflikt zwischen der kath. Kirche und dem deutschen Reich, bei dem es Bismarck um die Bekämpfung des kirchlichen Einflusses im Staat ging.
ab 1883	<b>Sozialgesetzgebung</b>	Einführung der <b>gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung</b> unter Bismarck. Zusammen mit dem zeitweiligen Verbot der sozialdemokratischen Parteiarbeit, dem sog. " <b>Sozialistengesetz</b> " (1878 – 1890), sollte die Sozialgesetzgebung die Spannungen der Sozialen Frage dämpfen. Ursprung der modernen Sozialversicherungen.
	<b>Partei</b>	Zusammenschluss von Bürgern mit <b>gemeinsamen politischen Vorstellungen und Zielen</b> . Merkmale: Parteiprogramm, dauerhafte Organisation, Wille zur politischen Einflussnahme, z.B. durch Wahlen.
	<b>Reichstag</b>	Vertretung des deutschen Volkes ( <b>Parlament</b> ) seit 1871. Er hatte im Kaiserreich nur geringe Kontrollfunktion gegenüber der Regierung.

#### 4. Imperialismus und Erster Weltkrieg

ca.1880-1918	<b>Imperialismus</b>	Bestreben von industrialisierten Staaten, ihre wirtschaftliche, politische und militärische Macht zu nutzen, um ihre <b>Herrschaft auf schwächere Staaten</b> direkt (Besetzung oder Einrichtung einer Kolonialregierung) oder indirekt (durch politischen Druck, wirtschaftliche Erpressung) <b>auszudehnen</b> . Dadurch steigerten sich die Konflikte zwischen den rivalisierenden Großmächten.
1914-18	<b>Erster Weltkrieg</b>	Aus dem Konflikt um den Balkan entstandener, alle Großmächte einschließender <b>Kampf um die Vorherrschaft in der Welt</b> . Neu war die hohe Zahl der eingesetzten Soldaten, der technisch-militärische Aufwand, die völlige Erschöpfung aller europäischen Länder und die enorme Zahl der Menschenverluste (ca. 10 Mio. Tote).
1917	<b>Russische Revolution</b>	<b>Februarrevolution</b> : Sturz der Zarenherrschaft <b>Oktoberrevolution</b> : Machtergreifung der Kommunisten und Errichtung einer Diktatur.
1919	<b>Versailler Vertrag</b>	<b>Friedensvertrag</b> , mit dem das Deutsche Reich gegenüber den Siegermächten des Ersten Weltkrieges die Alleinschuld am Krieg eingestehen und hohe Reparationleistungen zahlen musste. Weitere Inhalte: Gebietsabtretungen sowie wirtschaftliche und militärische Einschränkungen.